

Antrag 201/II/2019**FA XIII - Strategien gegen rechts****Der Landesparteitag möge beschließen:****Ein Demokratiefördergesetz für Berlin**

1 Berlin braucht ein Demokratiefördergesetz. Nachhaltige
2 Präventionsarbeit braucht einen langen Atem. Die wert-
3 volle demokratiefördernde Arbeit vieler zivilgesellschaft-
4 licher Träger in Berlin muss planungssicher und nachhal-
5 tig gefördert werden. Auf ihre Präventionsarbeit für De-
6 mokratie und gegen Gruppenbezogene Menschenfeind-
7 lichkeit wie Antisemitismus und Rassismus ist Berlin an-
8 gewiesen. Deshalb sollen die entsprechenden Program-
9 me und Aufgaben – insbesondere für die Bildungs- und
10 Jugendarbeit, Mobile Beratungsarbeit, die Opferberatung
11 sowie die Dokumentation – in einem Gesetz gebündelt
12 und verankert werden.

13

14 Begründung

15 Die momentan laufenden Programme liefern zwar um-
16 fangreich Mittel für sie, aber sie haben einen ganz klar von
17 (Modell-)Projektarbeit geprägten Charakter. Folglich wä-
18 re es nur konsequent mit einem Demokratiefördergesetz
19 eine dauerhaft verlässliche Grundlage zu schaffen. Damit
20 folgen wir dem aktuellen Koalitionsvertrag des aktuellen
21 Berliner Regierungsbündnisses.

22

23 Im Sinne des föderalen Systems besteht sowohl eine Bun-
24 desförderpolitik wie dem Programm „Demokratie leben!“
25 als auch einer Landesförderpolitik wie dem Landespro-
26 gramm „Landesprogramm Demokratie. Vielfalt. Respekt.
27 Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitis-
28 mus“. Für die Bundesebene fordern wir bereits als Berli-
29 ner SPD ein Demokratiefördergesetz – für die Landesebe-
30 ne brauchen wir es ebenso.

31

32 Die Vehemenz der Bedrohung durch Feind*innen der De-
33 mokratie, Rassist*innen, Antisemit*innen und Neonazis
34 müssen wir leider regelmäßig erleben: Neonazistische
35 Anschlagsserien erschüttern leider auch Berlin und der
36 Terror des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU)
37 hat die Gefahr deutlich vor Augen geführt. Eine weitere
38 Steigerung war der Mordanschlag auf den Kasseler Regie-
39 rungspräsidenten Walter Lübcke. Darauf muss auch mit
40 verstärkter Prävention – dem Kern sozialdemokratischer
41 Innenpolitik – reagiert werden.

42

43 Genauso gehört Diskriminierung immer noch zum Alltag.
44 Diese werden außerdem noch von rechtspopulistischen,
45 völkischen und antidemokratischen Akteuren wie der so-
46 genannten „Alternative für Deutschland“ (AfD) befeuert.
47 Offene Gewalt nehmen sie mindestens in Kauf.

48

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

49 Darauf muss eine Demokratie eine starke Antwort liefern.
50 Sie ist keine Selbstverständlichkeit – und war es auch nie.
51 Eine demokratische Gesellschaft muss stets erhebliche
52 Energie aufwenden, um ihr ihr politisches Beteiligungs-
53 system zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Neue Par-
54 tizipationskonzepte und -modelle müssen erprobt wer-
55 den – bei Jugendlichen angefangen durch alle Gesell-
56 schaftsteile hindurch. Diese Aufgabe gehört zu einer ele-
57 mentaren Pflicht einer demokratischen Gesellschaftsord-
58 nung – folglich auch ihre Förderung.